

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Die Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der Muster, Formulierungsvorschläge und Checklisten.	XLVII
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Literaturverzeichnis	LXVII
Kapitel 1 Ehescheidung	1
A. Überblick	4
I. Das materielle Scheidungsrecht	6
1. Grundlagen	6
2. Scheidungstatbestände	8
a) Zeitpunkt	9
b) Rücknahme des Antrags	9
c) Scheidung ohne Trennungsjahr	10
d) Trennung 1–3 Jahre	11
e) Einverständliche Scheidung	11
f) Trennung über 3 Jahre	11
g) Widerspruch gegen die Scheidung	11
II. Verfahrensrecht	13
1. Übergangsvorschriften nach Reform 2009	14
2. Verfahrensrecht in Ehescheidungssachen	14
B. Das Getrenntleben	15
I. Grundlagen	15
II. Die einvernehmliche Trennung	16
III. Die erzwungene Trennung	19
1. Freiwilliger Auszug	19
2. Gerichtliche Zuweisung	19
a) Polizeirecht	21
b) Aufteilung der Wohnung	21
c) Muster: Antrag auf Wohnungszuweisung während des Getrenntlebens (§ 1361b BGB)	21
3. Einstweiliger Rechtsschutz	24
4. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Zuweisung der Ehewohnung zur alleinigen Nutzung (§§ 49, 200 FamFG)	25
C. Die Scheidung	28
I. Die Scheidungsberatung	28
1. Das Scheidungsmandat – Erstgespräch	28
a) Muster: Aufnahmebogen für Ehe- und Familienrechtssachen	29
b) Muster: Stichworte für das Mandantengespräch	32
2. Die anwaltliche Vertretung	33
3. Die Kosten	34
4. Vollmacht	36
5. Verfahrenskostenvorschuss	37
II. Der Scheidungsantrag nach Inhalt und Form	38
III. Die Scheidung und die gerichtliche Zuständigkeit	43
1. Die internationale Zuständigkeit	43

Inhaltsverzeichnis

	2. Die örtliche Zuständigkeit	44
	3. Muster: Begründung der Zuständigkeit nach § 122 FamFG	44
IV.	Wirkungen der Rechtshängigkeit	45
V.	Die einverständliche Scheidung	46
	1. Einverständliche Scheidung ab 01.09.2009	46
	2. Versorgungsausgleich	47
	3. Zustimmung zur Scheidung/eigener Scheidungsantrag	48
VI.	Die »streitige« Scheidung	50
	1. Trennung von 1–3 Jahren	50
	2. Scheidung vor Ablauf eines Trennungsjahres (Härtefall)	53
	3. Trennung von über 3 Jahren	57
	4. Widerspruch gegen die Scheidung (Härteklause)	59
	a) Kinderschutzklause	59
	b) Ehegattenschutzklause	60
VII.	Der Verfahrensverbund in Scheidungssachen	61
	1. Grundlagen des Verbundes	61
	a) Verbundverfahren nach § 137 FamFG	61
	b) Antragsfristen	63
	c) Rückverweisung und Folgesachen	64
	2. Außergerichtliche Streitbeilegung	65
	3. Abtrennung von Folgesachen	65
	a) Vorbehalt bei Abweisung	66
	b) Zeitpunkt und Form der Abtrennung	66
	4. Abtrennungsvoraussetzungen	67
	a) Beteiligung Dritter	67
	b) Weitere Abtrennungsgründe	68
	5. Wirkung der Abtrennung	69
	6. Aussetzung des Scheidungsverfahrens	70
	7. Kostenentscheidung im Verbund	71
	a) Grundsatz	71
	b) Erstreckung der Verfahrenskostenhilfe	72
D.	Eheaufhebungsverfahren	72
E.	Feststellung auf Bestehen/Nichtbestehen einer Ehe	73
F.	Scheidungsverbund und Rechtsmittel	75
I.	Säumnisentscheidungen	75
	1. Säumnisentscheidungen zum Scheidungsantrag	75
	2. Säumnisentscheidung für Folgesachen	75
II.	Verzicht auf Rechtsmittel	76
III.	Rechtsmittel gegen die Verbundentscheidung	77
	1. Grundlagen der Beschwerde	77
	a) Einlegung	77
	b) Begründung des Rechtsmittels	78
	c) Gang des Verfahrens	78
	d) Entscheidung über das Rechtsmittel	79
	2. Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel	79
	3. Erweiterte Aufhebung	79
G.	Aufhebung einer Lebenspartnerschaft	80
H.	Rechtsfolgen der Scheidung (Aufhebung)	82
I.	Krankenversicherung	83
II.	Unterhaltsanspruch auf Krankenvorsorge	83
III.	Private Krankenversicherung	83

IV.	Pflegeversicherung.	83
I.	Psychologische Aspekte der Trennung und Scheidung.	83
I.	Eingangsgedanken.	84
	1. Zum Entstehungskontext des Artikels	84
	2. »Mächtig ist das Gesetz ... mächtiger ist die Not«	85
	3. Einige nüchterne Zahlen zur »Dekristallisation der Liebe« und dem Streitpotenzial bei Trennung und Scheidung	88
	4. Vorschau auf die weitere Struktur des Artikels mit seinen drei zentralen Themen.	89
II.	Die Bedeutung von Stress für die Qualität und die Stabilität von Partnerschaften – die Steigerung von Stress in der Trennungszeit	90
	1. Überblick	90
	2. Ein soziologischer Blick auf den Stress in Partnerschaft und Familie – wenig Zeit für die Liebe in der »Rushhour des Lebens« und für Care (Füreinander-da-sein).	91
	3. Ein psychologischer Blick – Stress als Risikofaktor für Partnerschaft und Familie.	92
	a) Kritische Lebensereignisse und Entwicklungsaufgaben als Makrostressoren	92
	b) Kritische Lebensereignisse in der Partnerschaft und ihre Bearbeitung in Geschichten.	93
	c) Die alltäglichen Widrigkeiten – Mikrostressoren als unterschätzte Belastungsgröße für Partnerschaft und Familie.	95
	d) Differenz-Spannungen – die kulturellen Unterschiede in Partnerschaften	97
	4. Stress und die Folgen für die Partnerschaft.	98
	a) Schwindende gemeinsame Zeit	98
	b) Verschlechterung der Kommunikationsqualität	100
	c) Körperliche und seelische Erschöpfung – das erschöpfte Selbst und das belastete Paar	100
	5. Zusammenfassung.	101
III.	Die Aufgabenvielfalt in Partnerschaft und Familie – ein Modell mit 8 Ebenen zum inhaltlichen Verständnis der Komplexität vor, in und nach der Trennung	102
	1. Überblick	102
	2. Dichte Beschreibungen zweier Familiengeschichten – beispielhaft für viele stehend.	102
	a) Das Ehepaar S. – ein aus allen Nähten platzendes Berufsleben, ein anspruchsvolles Familienleben und eine Insel zum Reden.	102
	b) Das Ehepaar R. – der gemeinsame Montag und der Rest der Woche im separierten Funktionsmodus	103
	3. Das 8-Ebenen-Modell und seine Funktionen.	105
	a) Die Wahrnehmung der Komplexität von Partnerschaft und Familie	105
	b) Orientierung für Paare und professionelle Akteure.	105
	4. Das Zusammenleben als echter Prüfstein für Paare	105
	5. Die 8 Paar-Ebenen im Überblick und ihre anschließende inhaltliche Beschreibung im Einzelnen.	106
	a) Das Liebespaar – die Mann-Frau-Ebene	106
	b) Die Werte-Glaubens-Sinn-Ebene.	108
	c) Die Ästhetikebene	109
	d) Die Kontaktebene – das Paar im Kontakt mit anderen.	110
	e) Die Elternebene/»das Eltern-Paar«.	111
	f) Haushaltsebene/»das Management-Paar«.	112
	g) Berufsebene/»das Berufspaar«	113
	h) Ökonomische Ebene/»das Finanz-Paar«.	114
	6. Die Verbundenheit der acht Ebenen in einem interagierenden Netzwerk.	115
	7. Die 8 Ebenen im schematischen Überblick mit ihren Aufgaben und Themen	116
IV.	Trennungskonflikte und ihre Eskalation – ein 3-stufiges Modell	118
	1. Vom normalen Trennungskonflikt zum chronisch hochstrittigen Elternkrieg – auf der Suche nach einem Verständnis eskalierender Eltern-Konflikte	118

Inhaltsverzeichnis

2.	Die Entwicklung eines Eskalationsmodells – methodische Schritte	119
3.	Die Verknüpfung der Eskalationsperspektive mit dem Denken in Systemen	121
4.	»Bauplan« und Funktionen des 3-stufigen Eskalationsmodells	122
5.	Grundhaltungen – das systemische Grundverständnis und die persönliche Verantwortung	123
6.	Das 3-stufige Eskalationsmodell – ein erster schematischer Überblick	124
7.	Die inhaltliche Beschreibung der 3 Eskalationsstufen im Einzelnen	124
a)	Stufe 1: Zeitweilig gegeneinander gerichtetes Reden und Tun	124
b)	Stufe 2: Häufiges verletzendes Agieren und Ausweitung des Konfliktfeldes	128
aa)	Die »Innenwelt« der Protagonisten – Rekonstruktionsversuche	129
bb)	Die Kommunikation zwischen den Protagonisten	130
cc)	Die »Außenwelt« – die Einflussnahme auf Dritte – der Einfluss von Dritten	131
dd)	Die Funktionalisierung professioneller Dritter durch mächtige Geschichten	132
c)	Stufe 3: Chronischer Beziehungskrieg – Kampf um jeden Preis	134
aa)	Der Feind als permanentes inneres Objekt	134
bb)	Physische Extremzustände – zwischen totaler Erschöpfung und Ekstase	135
cc)	Extreme Gefühle	135
dd)	Körperlich empfundener Ekel	135
ee)	Distanzierung	136
ff)	Rache durch Verleumdung (»Rufmord«) und Zerstörung	136
gg)	Destruktive Logik – auch um den Preis der Selbstschädigung	139
8.	Die Äußerungsformen des hochstrittigen Konflikts in Bezug zu den 8 Paar-Ebenen	141
9.	Die Doppelnatur von hochstrittigen Konflikten – die Verantwortung und die Not der Beteiligten im hochstrittigen Konflikt	142
V.	Abschlussgedanken: Die Kooperation der professionellen Akteure als Notwendigkeit – eine interdisziplinäre »Trennungskunde«	143
	Kapitel 2 Unterhalt	145
A.	Vorbereitung des Unterhaltsverfahrens	152
I.	Einleitung	152
1.	Maßnahmen zur Anspruchserhaltung zugunsten des Unterhaltsberechtigten	152
2.	Maßnahmen zur Anspruchsbegrenzung zugunsten des Unterhaltspflichtigen	154
3.	Unterhaltsrechtliche Aufarbeitung der maßgeblichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse	155
II.	Formulare	156
1.	Muster: Auskunftsverlangen nach § 1613 Abs. 1 BGB verbunden mit dem Beleganspruch nach § 1605 Abs. 1 Satz 2, 3 BGB	156
2.	Muster: Unterhaltsrechtliche Mahnung	161
3.	Muster: Mehrbedarf	162
4.	Muster: Sonderbedarf	166
5.	Muster: Auskunftsverlangen des Unterhaltspflichtigen für ein Herabsetzungsverlangen	168
6.	Muster: Verzichtsverlangen des Unterhaltspflichtigen für ein Herabsetzungsverlangen	169
B.	Einleitung Kindesunterhalt	171
I.	Verfahrensvorschriften nach FamFG	171
1.	Sachliche Zuständigkeit	171
2.	Örtliche Zuständigkeit	171
3.	Anwaltszwang	172
4.	Verfahrenswert	172
5.	Sofortige Wirksamkeit	173
6.	Verfahrenskostenhilfe – Prozesskostenhilfe	173
7.	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	173
a)	Muster: Auskunftsanspruch nach § 235 FamFG	175
b)	Muster: Auskunftsanspruch nach § 236 FamFG	176

	8. Kosten	177
	9. Verfahrensarten	177
II.	Aufbau der Formulare	178
C.	Unterhalt für ein minderjähriges Kind	178
I.	Der Unterhaltsanspruch des minderjährigen Kindes	178
	1. Bedarf	178
	a) Unterhalt nach Düsseldorfer Tabelle	180
	b) Kranken- und Pflegeversicherung	180
	2. Mehrbedarf und Sonderbedarf.	181
	a) Kosten einer Kindertagesstätte	182
	b) Betreuungskosten	182
	c) Konfirmation und Kommunion	182
	d) Bedarf des behinderten Kindes	183
	3. Bedürftigkeit	183
	a) Kindergeld und Kinderzuschlag.	183
	b) Einkommen.	184
	c) Ausbildungsbedingter Mehrbedarf.	184
	d) Vermögen	185
	e) Wohnen.	185
	4. Leistungsfähigkeit	185
	a) Einkommensermittlung.	185
	b) Kostenersparnis bei Zusammenleben	186
	c) Verteidigung des angemessenen Selbstbehalts.	186
	d) Wohnvorteil	187
	5. Beweislast	187
II.	Vertretung des Kindes	188
III.	Verfahrensstandschaft	189
	1. Muster: Unterhaltsantrag in Verfahrensstandschaft	189
	2. Ende der Verfahrensstandschaft	191
	3. Vollstreckung.	191
IV.	Mehrere Unterhaltsgläubiger.	191
	1. Streitgenossenschaft.	191
	2. Interessenkollision	192
V.	Statischer oder dynamisierter Unterhalt.	192
VI.	Anträge – Unterhalt minderjähriges Kind	193
	1. Muster: Dynamisierter Unterhalt.	193
	2. Muster: Statischer Unterhalt – Kind mit eigenem Einkommen	198
	3. Muster: Antrag auf Zahlung des Mindestunterhalts.	203
VII.	Repliken	206
	1. Muster: Leistungsunfähigkeit.	206
	2. Muster: Teilerkenntnis und Mangelverteilung	208
VIII.	Unterhalt beim Wechselmodell	211
	1. Kindergeld.	212
	2. Muster Unterhalt beim Wechselmodell	213
	3. Verfahrenskostenhilfe.	213
IX.	Vereinfachtes Verfahren.	214
	1. Statthaftigkeit des Verfahrens.	214
	2. Auskunftersuchen.	214
	3. Formularzwang	215
	4. Kein Anwaltszwang	215
	5. Verfahrenskostenhilfe.	215
	6. Muster: Antragsformular	215
	7. Maßnahmen des Gerichts	217
	8. Einwendungen gegen den Antrag auf Festsetzung von Unterhalt	217
	9. Entscheidung des Gerichts.	218
	10. Muster: Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens	219
	11. Rechtsmittel	220

Inhaltsverzeichnis

D.	Unterhalt für ein volljähriges Kind	220
I.	Der Unterhaltsanspruch des volljährigen Kindes	220
	1. Bedarf	220
	2. Bestimmungsrecht der Eltern	221
	3. Mehrbedarf und Sonderbedarf	221
	4. Bedürftigkeit	222
	a) Kindergeld	222
	b) Einkommen	222
	c) Ausbildungsvergütung	223
	d) Einsatz von Vermögen	223
	e) Bedürftigkeit des volljährigen behinderten Kindes	223
	5. Leistungsfähigkeit	224
	a) Einkommensermittlung	224
	b) Ermittlung der Haftungsquote	224
	c) Unterhaltsansprüche anderer Unterhaltsberechtigter	225
	d) Gesteigerte Erwerbsobliegenheit	225
	e) Angemessenheitskontrolle	226
II.	Anträge – Unterhalt volljähriges Kind	227
	1. Muster: Privilegierter Volljähriger – in Schulausbildung – anteilige Haftung der Eltern ...	227
	2. Muster: nicht privilegierter Volljähriger	232
III.	Muster: Replik	237
E.	Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	237
I.	Statthaftigkeit des Verfahrens	237
II.	Verfahrensengang	238
III.	Rechtsbehelfe	239
	1. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	239
	2. Muster: Versicherung an Eides statt	242
	3. Muster: Antrag auf mündliche Verhandlung	242
	4. Muster: Antrag auf Aufhebung oder Änderung eines Beschlusses	243
	5. Muster: Antrag auf Einleitung des Hauptverfahrens	245
F.	Ehegattenunterhalt	246
I.	Einleitung	246
II.	Trennungunterhalt	246
	1. Unterhaltsverfahren	246
	2. Unterhaltsanspruch	246
	a) Einleitung	246
	b) Anspruchsvoraussetzungen	246
	aa) Bestand einer Ehe	247
	bb) Getrenntleben	247
	cc) Bedarf und Bedürftigkeit	247
	dd) Leistungsfähigkeit	251
	c) Berechnungsmethoden und Erwerbsbonus	253
	d) Verwirkung gem. §§ 1361 Abs. 3, 1579 BGB	255
	e) Befristung und Herabsetzung	255
	f) Trennungsbedingter Mehrbedarf	256
	g) Altersvorsorgeunterhalt	256
	h) Kranken- und Pflegevorsorgeunterhalt	256
	i) Verfahrens-/Prozesskostenvorschuss	257
	3. Vereinbarungen zum Trennungunterhalt	257
	4. Klagearten, vorläufiger Rechtsschutz und Rechtsmitteln	257
III.	Geschiedenenunterhalt	261
	1. Isoliertes Verfahren	261
	a) Zuständigkeit	261
	aa) Zuständigkeit 1. Instanz	261

	(1) Sachliche Zuständigkeit der FamG	261
	(2) Örtliche Zuständigkeit	261
	(3) Internationale Zuständigkeit	263
	(4) Fehlerhafte Annahme der Zuständigkeit	264
	bb) Zuständigkeit 2. Instanz	264
	cc) Gerichtsstandsvereinbarungen	265
	dd) Fortdauer der Zuständigkeit	266
	ee) Abgabe und Verweisung	266
	ff) Kompetenzstreitigkeiten	266
b)	Ausgewählte Verfahrensgrundsätze	266
	aa) Allgemeines	266
	bb) Formerfordernisse Antragschrift	267
	cc) Beteiligte	267
	dd) Bestimmtheitsgrundsatz	268
	ee) Anwaltszwang	268
	ff) Wahrheitspflicht	269
	gg) Mündliche Verhandlung und Öffentlichkeit der Verhandlung	269
	hh) Gütertermin/außergerichtliche Streitbeilegung	269
	ii) Rechtsschutzinteresse	270
	jj) Dispositionsmaxime und Verhandlungsgrundsatz	270
	kk) Auskunftsrecht des Gerichts/Verfahrensrechtliche Auskunftsspflicht	270
	ll) Zurückweisung verspäteten Vorbringens	271
c)	Endentscheidung	272
	aa) Form der Entscheidung	272
	bb) Tenor	272
	cc) Kosten	273
	dd) Wirksamkeit	274
	ee) Zulassung der Rechtsbeschwerde	276
	ff) Rechtsbehelfsbelehrung	276
	(1) Erforderlichkeit und Anforderungen	276
	(2) Folgen fehlender oder unrichtiger Belehrung	277
d)	Rechtsbehelfsverfahren	278
	aa) Muster: Antrag auf Verpflichtung zur Zahlung von nachehelichem Unterhalt	278
	bb) Muster: Antragswiderung	281
2.	Verbundverfahren	282
	a) Einleitung	282
	aa) Begriff	282
	bb) Zweck	282
	cc) Anwendungsbereich	282
	b) Beteiligte	283
	c) Folgesache	283
	d) Eintritt in den Verbund	283
	aa) Allgemeines	283
	bb) Rechtzeitiger Antrag	283
	e) Auswirkung des Verbunds auf die Folgesache Unterhalt	284
	aa) Verhandlung	284
	bb) Endentscheidung	284
	f) Abtrennung	285
	aa) Dritter wird Verfahrensbeteiligter	285
	bb) Verzögerung	285
	cc) In Zusammenhang mit Abtrennung einer Kindschaftssache	286
	dd) § 140 Abs. 2 Nr. 4 FamFG	287
	ee) Entscheidung durch Beschluss	287
	ff) Rechtsmittel gegen Abtrennungsentscheidung	287
	g) Verfahren der abgetrennten Unterhaltssache	287

Inhaltsverzeichnis

h)	Besonderheiten in Bezug auf die Kostenentscheidung	287
i)	Besonderheiten in Bezug auf die sofortige Wirksamkeit	288
3.	Unterhaltsanspruch	290
a)	Einleitung	290
b)	Elementarunterhalt	292
aa)	Unterhaltstatbestände	292
(1)	Kinderbetreuung (§ 1570 BGB)	292
(2)	Alter (§ 1571 BGB)	298
(3)	Krankheit (§ 1572 BGB)	299
(4)	Arbeitslosigkeit (§ 1573 Abs. 1 BGB)	300
(5)	Aufstockungsunterhalt (§ 1573 Abs. 2 BGB)	303
(6)	Ausbildung, Fortbildung und Umschulung (§§ 1574 Abs. 3 i.V.m. 1573 Abs. 1 BGB, 1575 BGB)	304
(7)	Billigkeitsunterhalt (§ 1576 BGB)	306
bb)	Bedarf und Bedürftigkeit	307
(1)	Für die Bedarfsbemessung maßgeblicher Zeitpunkt und spätere Änderungen	308
(2)	Maßgebliche Umstände im Einzelnen	309
(3)	Bedürftigkeit	317
cc)	Leistungsfähigkeit	317
(1)	Erwerbsobliegenheit	317
(2)	Abzug Kindesunterhalt	318
(3)	Auswirkung sonstiger Unterhaltsverpflichtungen	318
(4)	Eigener eheangemessener Bedarf	318
(5)	Schulden	319
(6)	Verwertung des Vermögensstamms	320
dd)	Mangelfall	320
ee)	Herabsetzung und zeitliche Begrenzung (§ 1578b BGB)	323
(1)	Voraussetzungen und Anwendungsbereich	324
(2)	Darlegungs- und Beweislast	329
(3)	Zeitpunkt	330
(4)	Herabsetzung	330
(5)	Zeitliche Begrenzung	331
(6)	Kombination	331
ff)	Verwirkung gem. § 1579 BGB	331
(1)	Verwirkungstatbestände	331
(2)	Grobe Unbilligkeit und Wahrung der Kindesbelange	335
(3)	Wiederaufleben	335
gg)	Wiederaufleben des wegen einer Wiederheirat erloschenen Anspruchs	336
c)	Kranken- und Pflegevorsorgeunterhalt	336
aa)	Form des Versicherungsschutzes	336
bb)	Berechnung	337
d)	Altersvorsorgeunterhalt	337
aa)	Berechnung	338
(1)	Regelfall	338
(2)	Abweichungen	339
bb)	Nachrang	339
cc)	Geltendmachung für die Vergangenheit	339
dd)	Zweckwidrige Verwendung in der Vergangenheit	339
ee)	Gesonderter Ausweis in der Entscheidung	340
ff)	Keine Bindung des Gerichts an Aufteilungsanträge	340
4.	Vereinbarungen	341
5.	Klagearten	344
a)	Einleitung	344
b)	Leistungsklage	344

c)	Stufenklageantrag	345
d)	Feststellungsklageantrag	348
6.	Vorläufiger Rechtsschutz	349
a)	Einleitung	349
b)	Einstweilige Anordnung	349
aa)	Einleitung	349
bb)	Zuständigkeiten	350
cc)	Kein Anwaltszwang	350
dd)	Regelungsbedürfnis	351
ee)	Antrag und Antragsbegründung	351
ff)	Anordnungsanspruch	351
gg)	Keine Beschränkung auf vorläufige Maßnahmen	352
hh)	Mündliche Verhandlung	352
ii)	Tatsachenermittlung	353
jj)	Kostenentscheidung	353
kk)	Aufhebung und Änderung	353
ll)	Außerkräfttreten	353
mm)	Erzwingungsverfahren	354
nn)	Rechtsmittel	354
(1)	Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung über Ehegattenunterhalt	355
(2)	Muster: Erzwingungsantrag gem. § 52 Abs. 2 FamFG	357
(3)	Muster: Antrag auf erneute Entscheidung aufgrund mündlicher Verhandlung	358
(4)	Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung über einen Kostenvorschuss	358
c)	Arrest	360
aa)	Einleitung	360
bb)	Arrestanspruch	361
cc)	Arrestgrund	361
dd)	Zuständigkeit	362
ee)	Antrag	362
ff)	Anwaltszwang	363
gg)	Entscheidung	363
hh)	Vollziehungsfrist	363
7.	Antrag auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting	363
8.	Antrag auf Nachteilsausgleich	363
9.	Antrag auf Zusammenveranlagung	363
10.	Rechtsmittel	364
a)	Beschwerde	364
aa)	Statthaftes Rechtsmittel	364
bb)	Beschwer und Zulassung des Rechtsmittels	364
(1)	Beschwer	364
(2)	Zulassung der Beschwerde	366
cc)	Frist	366
dd)	Einlegung der Beschwerde und Anforderungen an die Beschwerdeschrift	367
(1)	Adressat	367
(2)	Form	367
(3)	Bedingungsfeindlichkeit	367
ee)	Antrag, Begründung und Begründungsfrist	368
ff)	Erweiterung von Beschwerde und Erweiterung des Klageantrags in zweiter Instanz	371
gg)	Anschlussrechtsmittel	372
hh)	Rechtsmittelerweiterung im Verbundverfahren	373

Inhaltsverzeichnis

ii)	Gang des Beschwerdeverfahrens	373
jj)	Tatsachenfeststellung	374
kk)	Besondere Entscheidungen	374
ll)	Aussetzung der Vollziehung und Einstellung der Zwangsvollstreckung der Entscheidung 1. Instanz	374
b)	Rechtsbeschwerde	375
c)	Rechtsmittel gegen Zwischen- und Nebenentscheidungen	376
G.	Der Abänderungsantrag	377
I.	Einleitung	377
II.	13 Muster zum Abänderungsantrag	381
1.	Abänderungsantrag gegen einen Unterhaltsbeschluss	381
a)	Abänderung einer den Unterhalt zusprechenden Entscheidung	381
aa)	Muster 1	381
bb)	Muster 2	394
cc)	Muster 3	400
dd)	Sonderproblem: Abänderung eines fiktiven Erwerbseinkommens	407
b)	Abänderung einer den Unterhalt insgesamt abweisenden Entscheidung	412
c)	Abänderung eines Versäumnisbeschlusses	416
d)	Abänderung eines Anerkenntnisbeschlusses	419
e)	Abänderung eines Abänderungsbeschlusses	421
2.	Abänderung von Unterhaltstiteln des § 794 ZPO	429
a)	Abänderung eines Verfahrensvergleichs	429
b)	Abänderung einer notariellen Urkunde	436
aa)	Notarielle Unterhaltsvereinbarung	436
bb)	Notarielles Schuldanerkenntnis	437
c)	Abänderung einer Jugendamtsurkunde	444
d)	Abänderung eines im vereinfachten Verfahren errichteten Unterhaltsbeschlusses . .	445
aa)	Alte Rechtslage (§§ 649 ff. ZPO)	445
bb)	Neue Rechtslage (§§ 249 ff. FamFG)	446
3.	Teilunterhalt: Titulierung und Abänderung	447
a)	Die Geltendmachung von Teilunterhalt	448
b)	Titulierung eines »Spitzenbetrags« bei freiwillig gezahltem »Sockelbetrag«	451
c)	Geltendmachung von weiterem Unterhalt bei nicht tituliertem Sockel- und titu- liertem Spitzenbetrag	453
4.	Abänderungsantrag und Abgrenzung zu anderen Verfahrensarten	456
a)	Abänderungsantrag und Leistungsantrag	457
aa)	Unterhaltsvereinbarung ohne Geschäftsgrundlage	457
bb)	Titel und vollständiger Wegfall der Geschäftsgrundlage	459
cc)	Titel mit Unterhaltsbefristung	460
(1)	Unterhaltsvereinbarung	460
(2)	Unterhaltsbeschluss	461
b)	Abänderungsantrag und Vollstreckungsabwehrantrag	461
c)	Abänderungsantrag nach § 54 FamFG, negativer Feststellungsantrag und Rück- forderungsantrag	472
aa)	Alte Rechtslage	472
bb)	Rechtslage nach dem FamFG	473
H.	§ 1607 BGB und familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	477
I.	Ausgleich nach § 1607 BGB	477
II.	Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	477
1.	Materielles Recht	477
a)	Voraussetzungen	478
b)	Höhe	478
c)	Andere Rechtsgrundlagen	479
d)	Keine doppelte Inanspruchnahme	479

2.	Verfahrensrecht	480
a)	Zuständigkeit	480
b)	Anwaltszwang	480
c)	Einstweilige Anordnung	480
aa)	Zuständigkeiten	480
bb)	Kein Anwaltszwang	481
cc)	Regelungsbedürfnis	481
dd)	Antrag und Antragsbegründung	481
ee)	Sonstiges	481
d)	Verfahrensrechtliche Probleme beim Obhutswechsel im laufenden Verfahren	481
aa)	Elternteil macht Unterhalt im eigenen Namen geltend (§ 1629 BGB)	481
bb)	Elternteil macht Unterhalt als Vertreter des Kindes geltend	481
	(1) Gemeinsames Sorgerecht	482
	(2) Alleiniges Sorgerecht	482
I.	2. Instanz	484
I.	Einleitung	484
II.	Rechtsbehelfe nach neuem Recht	484
III.	Instanzenzug nach neuem Recht	487
	1. Zuständigkeit der AG	487
	2. OLG als Gericht der sofortigen Beschwerde	487
	3. LG als Gericht der sofortigen Beschwerde	487
	4. BGH als Rechtsbeschwerdegericht	488
IV.	Formulare	489
	1. Muster: Beschwerde nach § 58 FamFG gegen eine Endentscheidung des FamG in einer Familiensache/hier: Kindschaftssache	489
	2. Muster: Beschwerdeschrift nach §§ 58 ff. FamFG i.V.m. § 117 FamFG in einer Ehe- oder Familienstreitsache	498
	3. Muster: Beschwerdeschrift in einer Kindschaftssache mit isoliertem Antrag nach § 64 Abs. 3 FamFG	508
	4. Muster: Beschwerde nach § 58 FamFG verbunden mit dem Antrag auf Verfahrenskostenhilfe in einer Ehesache oder Familienstreitsache	509
	5. Muster: Wiedereinsetzungsantrag in einer Familienstreitsache bei bereits eingelegerter Beschwerde wegen Versäumung der Beschwerdebegründungsfrist nach Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	511
	6. Muster: Verfahrenskostenhilfeantrag für eine beabsichtigte Beschwerde nach § 58 FamFG in einer Ehe- oder Familienstreitsache	513
	7. Muster: Wiedereinsetzungsantrag in einer Familienstreitsache wegen Versäumung der Beschwerdefrist und der Beschwerdebegründungsschrift nach Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	517
	8. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung bei Versagung der Verfahrenskostenhilfe für eine beabsichtigte Beschwerde	519
	9. Muster: Verfahrenskostenhilfeantrag des Antragsgegners im Beschwerdeverfahren, alternativ in einer Familiensache und in einer Ehe- oder Familienstreitsache	520
	10. Muster: Antrag auf Verlängerung der Beschwerdebegründungsfrist in einer Ehesache/ Familienstreitsache	522
	11. Muster: Beschwerdebegründung nach § 65 FamFG	524
	12. Muster: Anschlussbeschwerde nach § 66 FamFG in einem FamFG-Verfahren	526
	13. Muster: Anschlussbeschwerde nach § 66 FamFG in einer Ehesache/Familienstreitsache	528
	14. Muster: Rücknahme der Beschwerde nach § 67 Abs. 4 FamFG	530
	15. Muster: Antrag auf Zulassung der Beschwerde nach § 61 Abs. 2 FamFG in vermögensrechtlichen Angelegenheiten	530
	16. Muster: Sofortige Beschwerde gegen eine Zwischenentscheidung in einer Familiensache, hier: Zurückweisung eines Ablehnungsgesuchs nach § 6 FamFG	532
	17. Muster: Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache gemäß § 62 FamFG	534

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 3	Güterrecht	539
A.	Historie	540
B.	Strukturen	540
C.	Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichsrechts	541
D.	Einwilligung oder Zustimmung und deren Ersetzung bei Rechtsgeschäften über das Vermögen als Ganzes, §§ 1365 ff. BGB	543
I.	Einführung	543
II.	Gegenstand des zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfts	544
III.	Die Zustimmung	545
IV.	Die Bestimmtheit des Ersetzungsantrags	545
V.	Die Ersetzung der Zustimmung	546
VI.	Wirkungen des Ersetzungsbeschlusses	547
E.	Der Zugewinnausgleich bei Ehescheidung	550
I.	Auskunftsansprüche	550
1.	Einleitung	550
2.	Die einzelnen Auskunftsansprüche	559
a)	Auskunftsanspruch zum Trennungvermögen	559
b)	Auskunftsanspruch auch zwischen den Stichtagen?	565
c)	Auskunftsanspruch zum Anfangs- und Endvermögen	572
aa)	Auskunft zum Endvermögen	573
bb)	Auskunft zum Anfangsvermögen	574
3.	Inhalt des Auskunfts- und Beleganspruchs	579
a)	Zum Auskunftsanspruch	579
b)	Zum Beleganspruch	581
4.	Auskunftsverpflichtung bei sog. illoyalen Vermögensverfügungen	583
5.	Auskunft und Beschwerde	588
6.	Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	590
II.	Sicherung des Ausgleichsanspruchs	593
1.	Der Arrest	593
2.	Die Voraussetzungen	593
3.	Die Vollziehungsfrist	594
4.	Muster eines Antrags auf dinglichen Arrest zur Sicherung einer Zugewinnausgleichsforderung	594
III.	Ausgleichsverlangen und gerichtliche Durchsetzung	596
1.	Gesetzliche Vermutungen zum Anfangs- und Endvermögen	596
2.	Wertermittlungsansprüche	597
3.	Muster eines Antrags auf Wertfeststellung zu einzelnen Vermögensgegenständen des Endvermögens und Zahlungsantrag	597
4.	Muster: Erwidern auf den Antrag auf Wertfeststellung und Zahlung	599
5.	Stundungsverlangen nach § 1382 BGB	600
a)	Verfahrensvarianten	600
aa)	Selbstständige Familiensache bei nicht bestrittener Ausgleichsforderung	600
bb)	Bestrittene Ausgleichsforderung und Stundung im Scheidungsverbund	600
cc)	Bestrittene Ausgleichsforderung und Stundung als isolierte Familiensache	600
b)	Die Voraussetzungen der Stundung	600
c)	Entscheidungen zum Stundungsantrag	601
d)	Aufhebung und Änderung rechtskräftiger Stundungsentscheidungen	601
e)	Muster eines Antrags für ein Stundungsverlangen nach § 1382 BGB	602
f)	Muster: Erwidern zum Stundungsantrag	603
6.	Übertragung von Vermögensgegenständen nach § 1383 BGB	604
a)	Voraussetzungen der Übertragung	604
b)	Konkreter Antrag	605

	c) Rechtliche Qualität der begründeten Verpflichtung	605
	d) Der Anrechnungsbetrag	605
	e) Muster eines Antrags nach § 1383 BGB	605
	f) Muster: Erwidern auf den Übertragungsantrag nach § 1383 BGB	607
IV.	Vorzeitige Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft und vorzeitiger Zugewinnngleich	608
	1. Das frühere Recht	608
	2. Die Neugestaltung des Systems	608
	3. Auf § 1385 aufbauende Schutzmechanismen	610
	4. Zeitliche Grenzen für die vorzeitige Beendigung der Zugewinnngemeinschaft	610
	5. Muster eines (isolierten) Antrags zur vorzeitigen Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft	610
V.	Zahlungsanspruch des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte nach § 1390 BGB	614
	1. Das frühere Recht	614
	2. Die heutige Regelung des § 1390 BGB	614
	3. Konsequenzen für den illoyalen Ehegatten	615
	4. Ersetzungsbefugnis	615
	5. Gesamtschuldnerische Haftung	616
	6. Muster eines Antrags wegen eines Zahlungsanspruchs des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte nach § 1390 BGB	616
	7. Muster: Erwidern auf den Zahlungsantrag nach § 1390 BGB	617
VI.	Zugewinn und ... (Sonderprobleme beim Zugewinnngleich)	618
	1. Zugewinn und Indexierung des (auch negativen?) Anfangsvermögens	618
	2. Zugewinn und das Anfangs- und Endvermögen beim sog. »belasteten privilegierten Erwerb«	627
	3. Zugewinn und die Auswirkungen der Rückabwicklung einer schwiegerelterlichen Zuwendung auf die Zugewinnngleichsbilanz	629
	4. Zugewinn und Gesamtschuldnerausgleich	633
	5. Zugewinn und ehevertragliche Vereinbarungen	635
	6. Zugewinn auch unter Einbeziehung der »Verlobungszeit«?	647
	7. Zugewinn und Beweislast	651
	8. Zugewinn und Trennungvermögen	655
	9. Zugewinn und verfahrens- sowie kostenrechtliche Besonderheiten bei der Anwendung der §§ 1385 ff. BGB	658
Kapitel 4 Sorgerecht		662
A.	Sorgerecht	663
I.	Gemeinsame elterliche Sorge	663
	1. Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge	663
	a) Gemeinsame Sorge durch Abgabe von Sorgeerklärungen, § 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB	664
	aa) Inhalt der Erklärung	664
	bb) Insbesondere: Sorgeerklärung des verheirateten Elternteils	664
	cc) Form und Wirksamkeit der Erklärung	664
	dd) Gerichtlich gebilligter Vergleich bei Einvernehmen der Eltern?	665
	ee) Eintragung in das Sorgeregister	666
	b) Begründung der gemeinsamen Sorge durch gerichtliche Entscheidung	667
	aa) Allgemeines	667
	bb) Einleitung des Verfahrens auf Antrag	667
	cc) Die gesetzliche Vermutung des § 1626a Abs. 2 Satz 2 BGB	668
	dd) Besonderheiten des Verfahrens – § 155a FamFG	669
	aaa) Reguläres Verfahren, § 155a Abs. 4 FamFG	669
	bbb) Das vereinfachte schriftliche Verfahren nach § 155a Abs. 3 FamFG	670
	ccc) Umsetzung der Entscheidung: Eintragung in das Sorgeregister	671
	ee) Erlass einer einstweiligen Anordnung	671
	ff) Anwaltsbeordnung?	671
	c) Rechtliche Befugnisse des Vaters bei Alleinsorge der Mutter	673

Inhaltsverzeichnis

2.	Die Ausübung der gemeinsamen Sorge	673
a)	Gesetzliche Vorgaben für die Ausübung der gemeinsamen Sorge: § 1627	673
b)	Beratungsangebote des Jugendamts	674
3.	Gerichtliche Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	676
a)	Voraussetzungen	676
aa)	Antrag eines Elternteils	676
bb)	Angelegenheiten der elterlichen Sorge von erheblicher Bedeutung.	677
aaa)	Angelegenheiten der elterlichen Sorge	677
bbb)	Konkret-situativer Bezug	677
ccc)	erhebliche Bedeutung für das Kind	679
cc)	Konkrete Uneinigkeit der Eltern – vorangegangener ernsthafter Einigungsversuch	680
b)	Entscheidung des Gerichts.	680
c)	Bedeutung der Übertragung der Entscheidungsbefugnis	681
II.	Übertragung der elterlichen Sorge.	683
1.	Gemeinsame Sorge der Eltern: Übertragung der Alleinsorge (oder Teilen davon) auf einen Elternteil, § 1671 Abs. 1 BGB	684
a)	Übersicht:	684
b)	Voraussetzungen:	684
aa)	Antrag	684
bb)	gemeinsames Sorgerecht	685
cc)	Nicht nur vorübergehendes Getrenntleben	686
c)	Die Entscheidung nach § 1671 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BGB.	686
aa)	Die Zustimmungserklärung des anderen Elternteils.	686
bb)	Kein Widerspruch des 14 Jahre alten Kindes	687
cc)	Kindesanhörung auch im »vereinfachten« Verfahren?.	687
d)	Übertragung der Alleinsorge aus Gründen des Kindeswohls, § 1671 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BGB.	689
aa)	Erster Prüfungsschritt: Entspricht die Aufhebung der gemeinsamen Sorge dem Wohl des Kindes am besten?	689
bb)	Zweiter Prüfungsschritt: Entspricht die Übertragung (gerade) auf den Antragsteller dem Wohl des Kindes am besten?	691
aaa)	Förderungsgrundsatz	692
bbb)	Kontinuität	692
ccc)	Bindungen des Kindes.	692
ddd)	Kindeswille	693
e)	Beraterhinweis	696
2.	Einstweilige Anordnung: Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts gem. § 1671 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BGB	696
3.	Elternvereinbarung über die Ausübung der gemeinsamen Sorge	698
4.	Alleinsorge eines Elternteils: Übertragung der Alleinsorge oder Teilen hiervon auf den anderen Elternteil, § 1671 Abs. 2 BGB	700
a)	Allgemeines	700
b)	Voraussetzungen	700
aa)	Antrag	700
bb)	Alleinsorge der Mutter.	700
cc)	dauerhaftes Getrenntleben	701
c)	Antrag auf Alleinsorge mit Zustimmung der Mutter, § 1671 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 BGB	701
d)	Übertragung der Alleinsorge aus Gründen des Kindeswohls, § 1671 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BGB.	701
B.	Kindesherausgabe und Verbleibensanordnung.	704
I.	Der Anspruch auf Kindesherausgabe, § 1632 Abs. 1 BGB	704
1.	Anspruchsberechtigter	704
2.	Anspruchsverpflichteter	705

3.	Widerrechtliches Vorenthalten.	705
4.	Herausgabe persönlicher Gegenstände des Kindes, §§ 1632 Abs. 1, 1684 Abs. 2 BGB analog	706
II.	Verbleibensanordnung.	708
1.	Vorbemerkung.	708
2.	Voraussetzungen	709
a)	Familienpflege von längerer Dauer.	709
b)	Herausgabeverlangen der Eltern.	709
c)	Gefährdung des Kindeswohls durch die Wegnahme.	710
d)	Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	710
e)	Rückführung des Kindes zur Pflegestelle	711
Kapitel 5 Umgangsrecht		714
A.	Antrag auf Umgangsregelung	716
I.	Vorbemerkung	716
1.	Umgang als Recht des Kindes	716
2.	Umgang als Elternrecht	718
a)	Verhältnis zur elterlichen Sorge	718
b)	Das Umgangsrecht als Pflichtrecht der Eltern	718
c)	Das Umgangsbestimmungsrecht – Elternvereinbarung über den Umgang.	719
II.	Die gerichtliche Regelung des Umgangs	719
1.	Der gerichtliche Umgangsbeschluss	719
2.	Die gerichtlich gebilligte Elternvereinbarung.	721
a)	Zulässiger Inhalt – Zweifelsfragen	721
b)	Einvernehmen der Beteiligten	722
c)	Der Billigungsbeschluss	722
III.	Das Wechselmodell als gerichtliche Umgangsregelung.	723
1.	Definition	723
2.	Rechtsprechung des BGH	723
3.	Voraussetzungen	724
IV.	Loyalitätspflichten der Eltern	724
1.	Inhalt.	724
2.	Gerichtliche Anordnungen zur Einhaltung der Wohlverhaltenspflicht	725
V.	Das Umgangsverfahren als Amtsverfahren.	726
1.	Einleitung des Verfahrens	726
2.	Beendigung des Verfahrens	727
VI.	Verfahrenskostenhilfe	727
VII.	Umfassende Regelung des Umgangsrechts.	728
VIII.	Einstweilige Anordnung: Gewährung des Umgangsrechts.	732
IX.	Einschränkung und Ausschluss des Umgangs	734
B.	Das Umgangsrecht des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters, § 1686a BGB.	737
I.	Voraussetzungen	738
1.	Biologische Vaterschaft des Antragstellers	738
2.	Rechtliche Vaterschaft eines anderen Mannes	738
3.	Ernsthaftes Interesse an dem Kind	738
4.	Kindeswohldienlichkeit des Umgangs	739
II.	Regelung des Umgangs	740
III.	Auskunftsanspruch	740
C.	Das Umgangsrecht Dritter	743
I.	Großeltern und Geschwister, § 1685 Abs. 1 BGB.	743
II.	Enge Bezugspersonen, § 1685 Abs. 2 BGB.	744
III.	Kindeswohldienlichkeit.	744
IV.	Die gerichtliche Regelung des Umgangs	745

Inhaltsverzeichnis

1.	Konkrete Regelung	745
2.	Zurückweisung des Antrags möglich	746
D.	Abänderung von Sorge- und Umgangsentscheidungen gem. § 1696 Abs. 1 Satz 1 BGB	748
I.	Vorbemerkung	748
II.	Abgrenzungsfragen	749
1.	Abänderung oder Vermittlungsverfahren (§ 165 FamFG)?	749
2.	Rechtsmittel	749
3.	Verhältnis zur Vollstreckung umgangsrechtlicher Entscheidungen	749
III.	Anwendungsbereich des § 1696 Abs. 1 Satz 1 BGB	750
IV.	Voraussetzungen der Abänderung nach § 1696 Abs. 1 Satz 1 BGB	750
1.	Der Abänderung unterliegende Titel	750
2.	Abänderung von Umgangsregelungen im Zusammenhang mit dem Wechselmodell	751
a)	Begründung des Wechselmodells	751
b)	Aufhebung des als Umgang geregelten paritätischen Wechselmodells	751
3.	Inhaltliche Voraussetzungen für eine Abänderung	752
a)	Nachträgliche Änderungen	752
b)	Triftige, das Kindeswohl nachhaltig berührende Gründe	752
V.	Die Abänderungsentscheidung	753
VI.	Verfahrensfragen	753
1.	Einleitung des Verfahrens	753
2.	Zuständigkeit	754
3.	Verfahrensgrundsätze	754
4.	Einstweiliger Rechtsschutz	754
E.	Psychologische Aspekte des Sorge- und Umgangsrechtes	759
I.	Vorbemerkung	759
II.	Gesellschaftlicher Wandel, Familienrecht, Kindeswohl: Entwicklungen	760
1.	Gesellschaftlicher Wandel und Familienrecht	760
2.	Entwicklungen	761
a)	Vom Schuldprinzip zum Zerrüttungsprinzip	761
b)	Das Verständnis von Scheidung und Trennung: Vom »Ende der Familie« zur »Transition«	762
c)	Von der »elterlichen Gewalt« zu »Sorge und Pflicht«	762
d)	Von der Vernachlässigung der Kindesperspektive zu Partizipation und Subjektstellung	762
e)	Von der alleinigen zur gemeinsamen elterlichen Sorge	763
f)	Von der kontradiktorischen Auseinandersetzung und Entscheidungshoheit des Gerichtes zum Hinwirken auf Einvernehmen	763
g)	Von der gerichtlichen Entscheidung zum sozialrechtlichen, hilfeleistenden« Interventionsansatz	764
3.	Ausblick	764
4.	Probleme	765
III.	Anwältinnen und Anwälte in familiengerichtlichen Auseinandersetzungen um Sorge und Umgang	766
1.	Anwältinnen und Anwälte zwischen elterlicher Autonomie und Elternstreit, zwischen Einvernehmen und gerichtlicher Entscheidung	767
2.	Zwischen Verständnis, Empathie und Parteinahme für den Mandanten und einem systemischen Verständnis des Konfliktes	768
3.	Zwischen Mandantentreue und Kindeswohl	769
IV.	Orientierungen für die Regelung von Sorge und Umgang	770
1.	Die Vielzahl Kindeswohl-orientierter Kriterien	770
2.	Erziehungseignung der Eltern: Fähigkeiten, Möglichkeiten und Verhaltensmerkmale von Müttern und Vätern	772

a)	Die Frage nach fehlender Erziehungseignung; Pathologisierende Etikettierungen	772
b)	Armut als Risiko für Eltern und Kinder	773
c)	Die emotionale Bedeutung des Kindes für seine Eltern	774
d)	Vulnerabilität und narzisstisch akzentuierte Muster von Eltern bei Trennung und Scheidung	775
e)	Die gesellschaftlich geprägte Rolle von Vater und Mutter	775
f)	Was brauchen Kinder? Ressourcen-orientierte Fragen nach der Erziehungseignung	776
3.	Merkmale des Eltern-Kind-Systems	778
a)	Bindungen des Kindes	778
b)	Kontinuitätsgrundsatz	780
c)	Bindungstoleranz der Eltern: Zwischen Bindungsfürsorge und »Fremdmachung«	782
4.	Elternkonflikte und Kindeswohl	786
a)	Belastungen des Kindes als Folge von Elterkonflikten	786
b)	Hochkonflikthafte Eltern – Merkmale	788
c)	Die Wirkung hocheskaliertter Elternkonflikte auf die Kinder	789
aa)	Hoch konflikthafte Elternschaft ist verbunden mit verminderter Erziehungs- fähigkeit	790
bb)	Hochkonflikthafte Elternschaft bewirkt unmittelbare Belastungen	790
cc)	Hochkonflikthafte Elternschaft gefährdet das Fortbestehen kindlicher Be- ziehungen zu wichtigen Bezugspersonen	791
dd)	Kinder hoch konflikthafter Eltern leben in einer Atmosphäre der Kriegslo- gik	791
ee)	Hoch konflikthafte Elternschaft verschärft die Risiken für eine Verschlechte- rung der Lebensbedingungen	792
d)	Kindeswohl bei hochkonflikthafter Elternschaft	792
5.	Kindeswille	793
a)	Das Recht des Kindes auf Beteiligung in Sorge und Umgangsverfahren	793
b)	Aspekte, unter denen die Bildung des Willens und seiner Äußerungen zu betrach- ten sind	794
aa)	Willensbildung als Ergebnis der Sozialisation in unterschiedlichen Kulturen	794
bb)	Wille des Kindes als »altersgemäß stabile und autonome Ausrichtung«	794
cc)	Kindeswille unter den Vorzeichen von Bindungen und emotionaler Sicher- heit im Trennungsstreit der Eltern	795
dd)	Kindliche Willensäußerungen im Kontext von Gerichtsverfahren: Der Kontext bestimmt den Text	795
c)	Kindeswohl und Kindeswille	796
V.	Kontaktprobleme und -verweigerung, Entfremdung	798
VI.	Gestaltung des Umgangs	802
1.	Gestaltung des Umgangs	802
2.	Das Wechselmodell	803
3.	Das Alter des Kindes als Kriterium für die Gestaltung des Umgangs	804
VII.	Anwältinnen und Anwälte in familiengerichtlichen Auseinandersetzungen um Sorge und Umgang. Resümee	805
1.	Vorbemerkung	805
2.	Haltung und Rollenverständnis von Anwältinnen	806
3.	Interdisziplinäre regionale Arbeitskreise	807
4.	Was zusammenprallt, kann auch zusammenwirken	808
Kapitel 6	Ehewohnung und Haushaltssachen	811
A.	Einleitung	812
B.	Verbotene Eigenmacht	812
C.	Einigung über die Nutzung der Ehewohnung	814

Inhaltsverzeichnis

D.	Die Wohnungszuweisung nach § 1361b BGB	815
I.	Zuweisung der Ehwohnung	815
	1. Muster: Antrag auf Zuweisung der Ehwohnung gem. § 1361b BGB	816
	2. Vollstreckung	823
	a) Vollstreckung der Räumungsanordnung	823
	b) Vollstreckung der Untersagungsanordnungen	823
	3. Rechtsmittel der Beschwerde	824
	4. Anschlussbeschwerde	827
	5. Rechtsbeschwerde	828
	6. Rechtsmittel gegen Zwangsmittel, Kostenfestsetzung, Verfahrenswert	828
II.	Vorläufige Mitbenutzung der Ehwohnung vor und nach Trennung	829
III.	Muster: Antrag auf Zurückweisung eines Antrages auf Wohnungszuweisung gem. § 1361b BGB	831
IV.	Nutzungsvergütung	833
	1. Muster: Antrag auf Nutzungsvergütung bei Getrenntleben nach § 1361b BGB	835
	2. Muster: Antrag auf Nutzungsvergütung gem. § 745 Abs. 2 BGB nach Rechtskraft der Scheidung	836
	3. Vollstreckung	840
V.	Einstweilige Anordnung in Wohnungssachen	841
	1. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung gem. § 1361b BGB	841
	2. Vollstreckung	847
	3. Rechtsmittel	848
VI.	Aufhebung oder Änderung der Entscheidung im einstweiligen Anordnungsverfahren	849
	1. Muster: Antrag auf Aufhebung/Abänderung einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung gem. § 1361b BGB	849
	2. Vollstreckung und Rechtsmittel	851
E.	Haushaltssachenteilung bei Trennung (§ 1361a BGB)	851
F.	Verbotene Eigenmacht	852
G.	Einigung	853
H.	Teilung von Haushaltssachen (§ 1361a BGB)	853
I.	Zuweisungsantrag während des Getrenntlebens	854
	1. Muster: Antrag auf Zuweisung von Haushaltssachen (§ 1361a BGB)	854
	2. Vollstreckung	860
	3. Rechtsmittel	861
II.	Einstweilige Anordnung in Haushaltssachen	861
	1. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Aufteilung von Haushaltsgegenständen nach § 1361a BGB	862
	2. Vollstreckung	866
	3. Rechtsmittel	866
III.	Aufhebung oder Änderung der Entscheidung im einstweiligen Anordnungsverfahren	867
	1. Muster: Antrag auf Aufhebung/Abänderung einer einstweiligen Anordnung zur Aufteilung von Haushaltssachen gem. § 1361a BGB	868
	2. Rechtsmittel und Vollstreckung	869
I.	Zuweisung der Ehwohnung nach § 1568a BGB	870
I.	Antrag auf Wohnungszuweisung im Scheidungsfolgenverbund	872
	1. Muster: Antrag auf Wohnungszuweisung nach § 1568a BGB im Scheidungsverbund	872
	2. Vollstreckung	879
	3. Rechtsmittel	879
	a) Anfechtung des Scheidungsausspruchs sowie der Folgesache Wohnungszuweisung	880
	b) Anfechtung lediglich der Folgesache Wohnungszuweisung	881

	c) Anfechtung der Zwangsmittel	882
	d) Anfechtung der Kostenentscheidung	882
II.	Zurückweisungsantrag und eigener Zuweisungsantrag	882
III.	Isolierte Wohnungszuweisung nach Abschluss der Ehesache	884
	1. Muster: Antrag auf Wohnungszuweisung nach Scheidung	885
	2. Vollstreckung	890
J.	Teilung von Haushaltsgegenständen nach § 1568b BGB	890
I.	Zuweisung von Haushaltssachen im Scheidungsverbund	893
	1. Muster: Antrag auf Zuweisung von Haushaltssachen nach § 1568b BGB im Scheidungsverbund	893
	2. Vollstreckung	899
	3. Rechtsmittel	900
	a) Anfechtung lediglich der Folgesache Haushaltssache	900
	b) Anfechtung des Scheidungsausspruchs sowie der Folgesache Haushaltssachen	900
	c) Anfechtung der Zwangsmittel	902
	d) Anfechtung der Kostenentscheidung	902
II.	Zurückweisungsantrag und eigener Zuweisungsantrag im Scheidungsverbund	903
III.	Zuweisung der Haushaltsgegenstände nach Abschluss der Ehesache	905
	1. Muster: Antrag auf Zuweisung von Haushaltssachen nach Scheidung	906
	2. Vollstreckung	911
	3. Rechtsmittel	911
IV.	Zurückweisungsantrag und eigener Zuweisungsantrag nach Scheidung	911
	Kapitel 7 Gewaltschutz	914
A.	Einleitung	914
B.	Gerichtliche Schutzmaßnahmen, § 1 GewSchG	917
I.	Einstweilige Anordnung	917
	1. Muster: Einstweilige Anordnung nach § 1 GewSchG	917
	2. Muster: Antragsrwiderrung einstweilige Anordnung nach § 1 GewSchG	924
	3. Rechtsmittel	925
	4. Vollstreckung	926
II.	Hauptsache	927
	1. Muster: Hauptsache nach § 1 GewSchG	927
	2. Muster: Antragsrwiderrung Hauptsache nach § 1 GewSchG	930
	3. Rechtsmittel und Vollstreckung	931
C.	Wohnungszuweisung, § 2 GewSchG	932
I.	Einstweilige Anordnung	932
	1. Muster: Einstweilige Anordnung nach § 2 GewSchG	932
	2. Muster: Antragsrwiderrung einstweilige Anordnung nach § 2 GewSchG	936
II.	Hauptsache	937
	1. Muster: Hauptsache nach § 2 GewSchG	937
	2. Muster: Antragsrwiderrung Hauptsache nach § 2 GewSchG	939
	3. Vollstreckung	941
	Kapitel 8 Versorgungsausgleich	942
A.	Grundlagen	943
I.	Versorgungsausgleich vom 01.07.1977 bis 31.08.2009	943
II.	Versorgungsausgleich ab 01.09.2009	943
	1. Ergänzender Stichtag 31.08.2010	944
	2. Besondere Verfahren	944

Inhaltsverzeichnis

	a) §§ 4 bis 10 VAHRG	944
	b) Abgetrennte Verfahren	945
	3. Verfahren nach § 2 VAÜG.	945
	4. Kosten/Gebühren	945
	5. Verfahren nach Art. 17 EGBGB	945
III.	Beteiligte	947
IV.	Ehezeit	947
V.	Auskunftspflichten	948
	1. Muster: Außergerichtliche Aufforderung zur Auskunft.	948
	2. Muster: Auskunftsanforderung vom Versorgungsträger	949
	3. Formularzwang	950
	4. Mitwirkungshandlungen	951
VI.	Ausschluss, Herabsetzung und Vereinbarungen	951
	1. Kurze Ehezeit (§ 3 Abs. 3 VersAusglG)	951
	2. Vereinbarungen (§§ 6–8 VersAusglG)	952
	3. Grobe Unbilligkeit (§ 27 VersAusglG)	955
	4. Bagatellregelung (§ 18 VersAusglG)	957
	5. Fehlende Ausgleichsreife (§ 19 VersAusglG)	959
B.	Ausgleichsverfahren	959
I.	Ermittlung der Anrechte	959
	1. Muster: Schuldrechtsanaloger Ausgleich (§ 28 VersAusglG)	960
	2. Allgemeines Auskunftsersuchen	960
	3. Auskunft bei betrieblicher Altersversorgung.	961
	4. Auskunft bei privater Altersvorsorge	961
	5. Auskunft bei öffentlich-rechtlichem Dienst- oder Amtsverhältnis	961
	6. Auskunft bei öffentlich-rechtlicher Zusatzversorgung	961
	7. Auskunft bei berufsständischer Versorgung	961
II.	Ausgleichsformen	961
	1. Interne Teilung (§§ 10, 11 VersAusglG)	962
	2. Externe Teilung (§§ 14–17 VersAusglG)	964
	a) Voraussetzungen	964
	b) Zielversorgungswahl	965
	c) Versorgungsausgleichskasse	965
	d) Durchführung der externen Teilung.	966
	e) Beamtenrechtliche Versorgungen	967
III.	Entscheidung	967
	1. Beschluss	967
	2. Rechtsmittelbelehrung	967
IV.	Vollstreckung	967
C.	Wertausgleich nach der Scheidung	968
I.	Anspruch gegen den anderen Ehegatten	969
	1. Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	969
	a) Muster: Antrag auf Zahlung einer Ausgleichsrente (§ 20 VersAusglG)	969
	b) Muster: Antrag auf Kapitalzahlung (§ 22 VersAusglG)	971
	c) Muster: Antrag auf Abänderung (Erhöhung der Zahlung)	971
	d) Muster: Antrag auf Abänderung (Herabsetzung)	972
	2. Aufforderung zur Auskunft und Abtretung	972
	3. Abfindung (§ 23 VersAusglG)	973
II.	Einstweiliger Rechtsschutz	974
III.	Verlängerter schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	975
	1. Muster: Anspruch gegen den Versorgungsträger	976
	2. Muster: Einstweilige Anordnung bei Hinterbliebenenversorgung	977

D.	Tod eines Ehegatten	978
E.	Anpassung	978
I.	Anpassung wegen Unterhalt (§§ 33, 34 VersAusglG)	979
II.	Anpassung nach Tod der ausgleichsberechtigten Person (§§ 37, 38 VersAusglG)	983
F.	Abänderungsverfahren (§ 51 VersAusglG)	984
G.	Schuldrechtsanaloger Ausgleich (§ 28 VersAusglG)	986
H.	Rechtsmittel	986
	Vorbemerkung	986
I.	Rechtsmittel gegen Verbundentscheidungen	986
II.	Rechtsmittel gegen isolierte Entscheidungen	986
I.	Bundeseinheitliche Vordrucke zum Versorgungsausgleich	987
Kapitel 9 Wirkungen der Ehe im Allgemeinen		988
A.	Einleitung	989
B.	Allgemeine steuerrechtliche	990
I.	Außergerichtliche Aufforderung, einer gemeinsamen steuerlichen Veranlagung zuzustimmen	991
II.	Schadensersatzanspruch wegen der Kosten des ersten anwaltlichen Aufforderungsschreibens.	996
	1. Muster: Außergerichtliche Geltendmachung eines Schadensersatzanspruchs wegen Pflichtverletzung bei der steuerlichen Veranlagung.	996
	2. Muster: Risikobelehrungsschreiben an den Mandanten	997
III.	Entwurf einer an das Finanzamt gerichteten Zustimmungserklärung zur gemeinsamen steuerlichen Veranlagung.	999
IV.	Außergerichtliche Geltendmachung eines Freistellungsanspruchs bei steuerlicher Zusammen- veranlagung.	1001
	1. Muster: Außergerichtliche Geltendmachung eines Freistellungsanspruchs bei steuer- licher Zusammenveranlagung	1001
V.	Antrag auf Zustimmung zur gemeinsamen steuerlichen Veranlagung	1002
	1. Muster: Gerichtlicher Antrag auf Zustimmung zur gemeinsamen steuerlichen Veranla- gung	1002
	2. Gerichtliche Geltendmachung von Gegenrechten: Freistellungsanspruch	1004
VI.	Verhinderung der Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Anerkenntnisbeschlusses	1006
VII.	Unwirksamkeit schikanöser Anträge auf steuerliche Einzelveranlagung	1007
VIII.	Steuererstattungsansprüche gegen das Finanzamt und Steuernachzahlungsansprüche des Finanzamts	1009
IX.	Das begrenzte Realsplitting	1011
	1. Anspruch auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting	1012
	2. Risikobelehrung des auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting gem. § 10 EStG in Anspruch genommenen Ehegatten	1014
	3. Klärung des beabsichtigten Umfangs des Realsplittings	1019
	4. Individuelle Zustimmungserklärung (statt Anlage »U«) zum Realsplitting an das Finanz- amt	1020
	5. Antrag auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting gem. § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG ..	1021
	6. Anspruch auf Nachteilsausgleich beim begrenzten Realsplitting.	1023
	7. Kosten des Nachteilsausgleichs als steuerrelevante Unterhaltszahlung beim begrenzten Realsplitting	1025
C.	Allgemeine Handlungs-	1026
I.	Einleitung	1026
II.	Anspruch auf Übertragung des Schadensfreiheitsrabattes	1027
III.	Schadensersatz wegen unberechtigter Kontenplünderung	1029

Inhaltsverzeichnis

1.	Einzelkonten:	1030
2.	Gemeinschaftskonten:	1031
3.	Muster: Gerichtliche Geltendmachung eines Schadensersatzanspruches wegen unrechtmäßiger Kontenplünderung	1032
IV.	Teilungsversteigerung und Anspruch auf Unterlassung der Teilungsversteigerung	1035
1.	Muster: PKH-Antrag und Antrag auf Anordnung der Teilungsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft	1036
2.	Muster: Verfahrenskostenhilfeantrag und Drittwiderspruchsantrag und Antrag auf einstweilige Einstellung der Teilungsversteigerung.	1038
3.	Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Eintragung einer Verfügungsbeschränkung im Grundbuch	1043
4.	Muster: Eidesstattliche Versicherung zum Zwecke der Glaubhaftmachung in einem einstweiligen Anordnungsverfahren	1046
V.	Familienrechtlicher Befreiungsanspruch gegen Ehepartner und dessen Fälligkeit	1046
1.	Muster: Gerichtlicher Freistellungsantrag aus Bürgenhaftung gegen Ehepartner	1047
2.	Muster: Gerichtlicher Antrag auf Freistellung von Mithaftung gegen Ehepartner.	1049
3.	Muster: Gerichtlicher Antrag auf Freigabe gemeinsamen Bankguthabens gegen Ehepartner.	1051
VI.	Zum Anspruch auf Zustimmung zur Entlassung aus dem Mietverhältnis bei Trennung der Ehegatten	1054
D.	Namensrechtliche Probleme	1056
I.	Einleitung.	1056
II.	Gerichtliche Geltendmachung eines Anspruchs auf Verzicht auf den Ehenamen nach Scheidung.	1056
E.	Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	1060
I.	Einleitung.	1060
II.	Ausschluss der »Schlüsselgewalt« i.S.d. § 1357 BGB	1062
	Kapitel 10 Partnerschaften außerhalb der Ehe	1063
A.	Überblick	1063
B.	Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	1064
I.	Einleitung.	1064
II.	Neun Muster zur nichtehelichen Lebenspartnerschaft	1069
1.	Partnerschaftsverträge für die nichteheliche Lebensgemeinschaft	1069
a)	Muster 1: Partnerschaftsvertrag (kurz)	1071
b)	Muster 2: Partnerschaftsvertrag (ausführlich: Variante 1)	1074
c)	Muster 3: Partnerschaftsvertrag (ausführlich: Variante 2)	1079
d)	Muster 4: Vereinbarung über die Einräumung eines Wohnrechts.	1083
2.	Unterhalt.	1091
a)	Unterhalt des Kindes nicht miteinander verheirateter Eltern	1091
aa)	Muster 5: Dynamischer Unterhalt	1091
bb)	Muster 6: Statischer Unterhalt im Mangel	1097
cc)	Unterhalt beim Wechselmodell	1104
b)	Unterhalt nach § 1615I BGB.	1105
c)	Die »verfestigte Lebensgemeinschaft« als Einwand der Verwirkung nach § 1579 Nr. 2 BGB.	1120
aa)	Einleitung	1120
bb)	Der Härtegrund des § 1579 Nr. 2 BGB.	1121
(1)	Verwirkungseinwand bei der Erstfestsetzung	1122
(2)	Verwirkungseinwand bei bestehendem Unterhaltstitel.	1130
(3)	Muster 9: Vollstreckungsabwehr	1131
d)	»Hausmann-Rechtsprechung«	1137

Kapitel 11 Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit	1139
A. Mediation	1139
I. Einleitung	1139
II. Vertrauen durch verbürgte Neutralität	1141
III. Struktur des Mediationsverfahrens	1142
1. Eröffnung und Arbeitsbündnis	1142
2. Themensammlung	1143
3. Interessenklärung	1144
4. Ideensammlung	1144
5. Bewertung der Lösungsoptionen/konstruktive Phase	1144
6. Abschluss	1145
IV. Wertvorstellungen	1145
V. Eignung und Grenzen der Mediation	1145
VI. Haftung des Mediators	1146
1. Risiken bei Anbahnung und beim Abschluss des Mediationsvertrages	1146
2. Risiken im Verfahren	1147
3. Risiken beim Abschluss des Verfahrens	1148
4. Risiken nach Beendigung	1149
5. Verjährung	1149
6. Haftungsbegrenzung	1149
VII. Muster eines Mediationsvertrages und einer Mediationsklausel	1149
VIII. Muster einer Mediationsklausel in Verträgen	1153
B. Schiedsgerichtsverfahren	1153
I. Schiedsordnung des Süddeutschen Familienschiedsgerichts vom 01.10.2021	1154
II. Muster: Schiedsvereinbarung	1157
III. Ausgleichsansprüche wegen Mitarbeit, Geld- oder Sachleistungen im Betrieb, Unternehmen oder wegen sonstiger gemeinsamer Wertschöpfung	1158
1. Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	1159
a) Die Voraussetzungen eines familienrechtlichen Kooperationsvertrages	1160
b) Der Ausgleichsanspruch	1161
c) Die Höhe des Ausgleichsanspruchs/Begrenzung	1161
d) Die Entstehung des Anspruchs	1162
e) Muster: Antrag wegen eines Ausgleichsanspruchs aus familienrechtlichem Kooperationsvertrag	1162
f) Muster: Erwiderung auf den Ausgleichsantrag	1164
2. Stillschweigend geschlossene Ehegatteninnengesellschaft	1165
a) Eheüberschreitender Zweck	1167
b) Die Auseinandersetzung der Innengesellschaft	1167
c) Die Höhe des Anspruchs	1167
d) Muster: Antrag auf Ausgleich aus einer Ehegatteninnengesellschaft	1168
e) Vertragsschema: Ehegatteninnengesellschaft	1170
Kapitel 12 Eheverträge	1172
A. Terminologie	1173
B. Regelungsbereich	1174
C. Formerfordernisse	1179
I. Abschlussbefugnis	1179
II. Form	1179
III. Rechtsfolgen eines Formmangels	1183
D. Ehevertragsfreiheit und ihre Grenzen	1184
I. Wirksamkeitskontrolle	1185

Inhaltsverzeichnis

II.	Ausübungskontrolle gem. § 242 BGB	1190
III.	Rangordnung der Scheidungsfolgen	1192
	1. Stufe: Unterhalt wegen Kinderbetreuung gem. § 1570 BGB	1192
	2. Stufe: Alters- und Krankheitsunterhalt nebst jeweils zugehörigem Vorsorgeunterhalt (§§ 1571, 1572 BGB); Versorgungsausgleich	1193
	a) Unterhalt	1193
	b) Versorgungsausgleich	1194
	3. Stufe: Ansprüche nach §§ 1573, 1575 und 1576 BGB nebst zugehöriger Vorsorgeunterhalte	1196
	4. Stufe: Zugewinnausgleich	1196
E.	Ehevertraglicher Erb- und Pflichtteilsverzicht	1198
F.	Salvatorische Klauseln, Abgeltungsklauseln, Schiedsklauseln	1199
I.	Salvatorische Klauseln	1199
II.	Abgeltungsklauseln	1202
III.	Schiedsklauseln; Mediationsklauseln	1202
G.	Muster und Erläuterungen	1204
I.	Gesamtmuster Totalverzicht	1204
II.	Gesamtmuster Totalverzicht mit Rücktrittsklausel	1208
III.	Gesamtmuster moderater Verzicht mit Erbvertrag	1211
IV.	Güterstandsmodifikationen	1218
	1. Gütertrennung	1218
	2. Modifizierte Zugewinngemeinschaft	1220
	3. Güterstandswechsel, Güterstandsschaukel	1225
	4. Gütergemeinschaft	1230
	5. Deutsch-französische Wahlzugewinngemeinschaft	1234
V.	Ehegattenvereinbarungen	1235
	1. Übersicht	1235
	2. Familienunterhalt	1235
	3. Trennungsunterhalt	1236
	4. Geschiedenenunterhalt	1240
VI.	Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	1250
VII.	Kindbezogene Vereinbarungen	1259
	1. Unterhalt minderjähriger Kinder	1259
	2. Unterhalt volljähriger Kinder	1260
	3. Vereinbarungen über die elterliche Sorge und das Umgangsrecht	1261
	4. Das Kind und die Ehewohnung	1263
VIII.	Ehevertrag mit Auslandsbezug	1265
IX.	Vertrag von Lebenspartnern	1268
	Kapitel 13 Kosten und Kostenhilfe	1270
A.	Einleitung	1273
B.	Honorarvereinbarung	1275
I.	Überblick	1275
	1. Gesetzliche Grundlagen	1275
	2. Gestaltungsformen	1276
	3. Verbote und Grenzen	1277
	a) bei Verfahrenskosten- und Beratungshilfe	1277
	b) bei Unterschreiten der gesetzlichen Gebühren	1278
	c) bei Erfolgshonorar	1278
	d) bei Kostenübernahme	1279
	e) Unangemessenheit der Vergütung und Sittenwidrigkeit	1279

	f) Formvorschriften, Bestimmtheitsgebot und Klauselverbote	1280
	4. Rechtsfolgen bei fehlerhafter oder unwirksamer Vereinbarung, Schadensersatz	1281
	5. Realisierung der Honorarforderung	1281
II.	Pauschalhonorar	1282
	1. Besonderheiten	1282
	2. Muster für Pauschalvereinbarung bei Beratung	1283
III.	Zeithonorar (statt gesetzlicher Gebühren)	1286
	1. Besonderheiten	1286
	2. Muster für Zeithonorar	1287
IV.	Erfolgshonorar	1291
	1. Anwendungsbereich	1291
	2. Muster: Erfolgshonorar für gerichtliches Verfahren	1292
C.	Gesetzliche Vergütung für außergerichtliche Tätigkeit	1299
I.	Überblick	1299
	1. Abgrenzungen	1299
	a) Handlungsauftrag	1299
	b) Angelegenheit (Auftragsgegenstand)	1300
	2. Vergütungssystem	1302
	a) Wertgebühren	1302
	b) Auslagen	1303
	c) Fälligkeit und Abrechnung	1304
II.	Vergütung für Beratung und Gutachten nach § 34 RVG	1305
	1. Grundsätze	1305
	2. Muster einer Kostenabrechnung für die Beratung ohne Gebührenvereinbarung	1306
III.	Vergütung für Geschäftsbesorgung	1310
	1. Grundsätze	1310
	2. Muster für eine Honorarrechnung bei außergerichtlicher Vertretung	1311
D.	Kosten in gerichtlichen Verfahren	1315
I.	Übersicht	1315
	1. Systematik	1315
	2. Anwaltsgebühren	1316
	a) Überblick	1316
	b) Besondere Rechtsmittelgebühren	1319
	c) Einstweilige Anordnungsverfahren	1319
	d) Freiheitsentziehungs- und Unterbringungssachen	1320
	e) VKH-Verfahren	1320
	f) Mehrvertretungszuschlag	1320
	3. Gerichtsgebühren	1321
	a) Hauptsacheverfahren	1321
	b) Rechtsmittel, die nicht den Hauptgegenstand betreffen	1323
	c) Selbstständiges Beweisverfahren	1323
	d) Vormundschaften und Pflegschaften	1324
	e) Verfahren mit Auslandsbezug und Vollstreckungsverfahren	1324
	f) Einstweilige Anordnungs- und Arrestverfahren	1324
	4. Auslagen	1325
	a) Anwalt	1325
	b) Gericht	1325
	5. Fälligkeit	1327
	a) Anwalt	1327
	b) Gericht (Zahlungsfälligkeit)	1327
	6. Abrechnung und Einzug der Kosten	1328
II.	Abrechnung in isolierten Verfahren	1328
	1. Vorbemerkung	1328
	2. Muster: Abrechnung Familienstreitsache 1. Instanz (mit Teilermäßigung)	1328
	3. Muster: Abrechnung Familiensache 2. Instanz	1332

Inhaltsverzeichnis

III.	Abrechnung im Scheidungsverbundverfahren	1335
1.	Besonderheiten	1335
2.	Muster: Abrechnung Scheidungsverbundverfahren (mit Teilermäßigung)	1335
IV.	Abtrennung und Einbeziehung von Folgesachen	1339
1.	Allgemeines	1339
2.	Echte Verfahrenstrennungen	1340
a)	Überblick	1340
b)	Muster: Abrechnung Scheidungsverbund bei Abtrennung einer Kindschaftssache	1341
3.	(Unechte) Abtrennung einer Folgesache.	1344
4.	Verfahrensverbindung/Einbeziehung von Folgesachen in den Verbund	1346
a)	Vorbemerkung.	1346
b)	Muster: Abrechnung bei Verbindung/Einbeziehung von Folgesachen	1346
E.	Gebühren bei Einigung und Einigungsbemühungen	1348
I.	Allgemeines.	1348
II.	Einigungsgebühr.	1349
1.	Anfall der Einigungsgebühr	1349
2.	Höhe der Einigungsgebühr	1351
III.	Terminsgebühr für außergerichtliche Einigungsgespräche	1351
IV.	Mehrgebühren	1352
V.	Muster: Abrechnung Scheidungsfolgenvereinbarung.	1353
F.	Gebührenanrechnung.	1358
I.	Einführung	1358
1.	Anrechnungsgebote	1358
2.	Anrechnungsweise und -wirkungen (§ 15a RVG)	1359
II.	Muster: Abrechnung mit Gebührenanrechnung	1360
G.	Verfahrenswert.	1364
I.	Einführung	1364
II.	Gerichtliche Wertfestsetzung	1365
1.	Festsetzungsverfahren	1365
2.	Beschwerden gegen die Wertfestsetzung.	1366
III.	Muster	1367
1.	Beschwerde nach § 59 FamGKG, Wert eines Unterhaltsverfahrens mit Antragserweiterung.	1367
IV.	Verfahrenswerte – ABC.	1372
1.	Abstammungssachen	1372
2.	Adoption	1373
3.	Antragsänderung	1373
4.	Arrest.	1374
5.	Auskunft	1374
6.	Ehesachen	1375
7.	Ehewohnung.	1378
8.	Ehevertrag	1379
9.	Eidesstattliche Versicherung.	1379
10.	Einigung	1380
11.	Einstweilige Anordnung	1380
12.	Freistellungsanspruch.	1381
13.	Genehmigungen	1381
14.	Gewaltschutzsachen.	1381
15.	Grundstücksübertragung	1382
16.	Gütergemeinschaft, Gütertrennung.	1382
17.	Haushaltssachen	1383
18.	Herausgabe eines Kindes	1383
19.	Kindergeld.	1383
20.	Kostenvereinbarung.	1384

21. Mindestunterhalt	1384
22. Nebenforderungen	1384
23. Nutzungsentgelt	1384
24. Realsplitting	1385
25. Rechtsmittel	1385
26. Scheidungsverbund	1386
27. Selbstständiges Beweisverfahren	1386
28. Sorgerecht	1386
29. Stufenantrag	1387
30. Titulierungsinteresse	1388
31. Trennungsunterhalt	1388
32. Umgangsrecht	1388
33. Unterhalt	1389
34. Unterhaltsabänderung	1391
35. Verfahrenskostenhilfe	1391
36. Vermittlungsverfahren	1392
37. Vertraglich geschuldeter Unterhalt	1392
38. Versorgungsausgleich	1392
39. Vollstreckbarerklärung und Anerkennung ausländischer Entscheidungen	1394
40. Vollstreckungsabwehr	1394
41. Vollstreckungsverfahren	1394
42. Wertaddition	1395
43. Zahlungsvereinbarung	1396
44. Zugewinnausgleich	1396
H. Verfahrenskostenhilfe	1397
I. Übersicht	1397
1. Allgemeines	1397
2. Persönliche Voraussetzungen, Bedürftigkeit	1398
3. Sachliche Voraussetzungen	1399
a) Gerichtliches Verfahren	1399
b) Erfolgsaussicht	1399
c) Keine Mutwilligkeit	1400
d) VKH für die Rechtsmittelinanz	1402
4. Verfahren	1402
5. Bewilligungsbeschluss	1405
6. Wirkungen	1406
7. Zahlungsanordnungen	1407
8. Änderung der Zahlungsbestimmungen	1407
9. Aufhebung der Bewilligung	1408
a) Allgemeines	1408
b) Aufhebungsgründe	1409
c) Wirkungen	1412
d) Verfahren	1412
10. Rechtsmittel	1413
11. Kosten des VKH-Verfahrens	1414
II. Bewilligungsantrag	1414
1. Kostenrisiko	1414
2. Muster: Bewilligungsantrag	1415
III. Erklärung zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen – Einsatz von Einkommen und Vermögen	1418
1. Formularzwang und Ausnahmen	1418
2. Form und Inhalt des Formulars (Überblick)	1420
3. Ausfüllhinweise – Einsatz von Einkommen und Vermögen	1420
a) Personalien	1421
b) Rechtsschutz	1421

Inhaltsverzeichnis

c)	Anspruch auf Unterhalt und VKV	1421
d)	Leistung von Unterhalt	1422
e)	Einnahmen	1423
f)	Abzüge vom Einkommen	1426
g)	Vermögen	1427
aa)	Vermögenswerte	1427
bb)	Schonvermögen	1428
h)	Wohnkosten	1430
i)	Sonstige Zahlungsverpflichtungen	1431
j)	Besondere Belastungen	1432
k)	Abschlussklärungen	1433
IV.	Berechnung nach § 115 ZPO	1434
1.	Vermögensbeiträge	1434
2.	Muster: Raten aus den Einkünften	1434
V.	Anwaltsbeordnung	1436
1.	Anordnung	1436
2.	Sachliche Voraussetzung	1437
a)	Allgemein	1437
b)	Erforderlichkeit	1438
c)	Muster: Beschwerde gegen abgelehnte Beordnung	1441
3.	Beordnung auswärtiger oder mehrerer Anwälte	1442
VI.	Vergütungsanspruch des beigeordneten Anwalts	1443
1.	Anspruch gegen Mandanten	1443
2.	Vergütung aus der Staatskasse	1444
a)	Höhe der Vergütung	1444
b)	Umfang der Vergütung für Vergleiche/Einigungen	1444
c)	Anrechnungen (§ 58 RVG)	1445
d)	Vergütung bei teilweiser Beordnung	1446
e)	Übergang des Kostenerstattungsanspruchs	1446
f)	Festsetzungsverfahren	1446
I.	Anhang: Wertgebührentabellen zum RVG/FamGKG	1447
	Kapitel 14 Abstammungsrecht	1448
A.	Grundlagen	1448
I.	Verfahrensrechtliche Grundsätze	1449
1.	Statusrechtliche Wirkung	1449
2.	Mehrheit von Verfahren	1450
3.	Örtliche Zuständigkeit	1450
II.	Kostenrechtliche Hinweise	1451
B.	Klärung der leiblichen Abstammung	1451
I.	Feststellung der Mutter	1451
1.	Grundlagen	1451
2.	Vertauschte Kinder	1452
3.	Anonyme Geburt	1452
II.	Anerkennung der Vaterschaft	1452
1.	Anerkenntnis eines nichtehelich geborenen Kindes	1452
2.	Muster: Anerkennung der Vaterschaft beim Jugendamt oder Notar	1453
3.	Anerkenntnis während eines Scheidungsverfahrens	1453
4.	Muster: Vaterschaftsanerkenntnis bei noch nicht beendetem Scheidungsverfahren	1454
III.	Feststellung der Vaterschaft	1455
1.	Feststellung ohne Unterhaltsantrag	1455
2.	Muster: Antrag des Kindes auf Feststellung der Vaterschaft	1455

3.	Feststellung mit Unterhaltsantrag	1456
4.	Muster: Annexantrag auf Zahlung von Unterhalt.	1457
5.	Einstweiliger Rechtsschutz.	1457
IV.	Biologische Vaterschaft (§ 1598a BGB).	1458
1.	Antrag auf Einwilligung in eine genetische Untersuchung	1458
2.	Muster: Antrag auf Ersetzung der Einwilligung zur Abstammungsuntersuchung und zur Probeentnahme	1458
3.	Einsicht in das Abstammungsgutachten.	1459
4.	Muster: Einsicht in ein Abstammungsgutachten oder Aushändigung einer Abschrift.	1459
V.	Anfechtung der Vaterschaft	1460
1.	Anfechtungsberechtigte	1460
2.	Einschränkung des Anfechtungsrechts	1461
3.	Anfechtungsfristen.	1461
4.	Muster: Anfechtung der Vaterschaft durch den Mann	1462
VI.	Feststellung der Unwirksamkeit einer Anerkennung	1463
Kapitel 15 Adoptionssachen		1466
A.	Überblick	1466
B.	Adoption nach deutschem Recht	1471
I.	Minderjährigen-Adoption	1471
II.	Volljährigen-Adoption.	1473
III.	Verfahrensrechtliche Hinweise.	1476
C.	Internationale Adoption	1477
D.	Befreiung vom Eheverbot	1479
Kapitel 16 Internationales Privatrecht		1480
A.	Einleitung	1482
B.	Ehescheidung.	1483
I.	Internationale Zuständigkeit	1483
1.	Europäisches Unionsrecht	1483
2.	Bilaterale oder multilaterale Staatsverträge	1484
3.	Nationales Recht	1484
II.	Anwendbares Recht.	1485
1.	Vorfragen.	1485
2.	Europäisches Unionsrecht	1486
a)	Rechtswahl	1486
aa)	Formvorschriften	1486
bb)	Wählbares Recht	1486
b)	Objektive Anknüpfung	1487
c)	Ersatzweise Anwendung des deutschen Rechts.	1488
d)	Ordre public	1488
3.	Bilaterale Abkommen	1488
4.	Abgrenzung materielles Recht – Verfahrensrecht	1488
5.	Muster: Ehescheidungsantrag	1489
III.	Anerkennung	1490
C.	Versorgungsausgleich	1492
I.	Internationale Zuständigkeit	1492
1.	Europäisches Unionsrecht	1492

Inhaltsverzeichnis

	2. Bilaterale oder multilaterale Staatsverträge	1493
	3. Nationales Recht	1493
II.	Anwendbares Recht.	1493
	1. Versorgungsausgleich von Amts wegen	1493
	2. Versorgungsausgleich auf Antrag	1494
III.	Ausländische Anrechte im Versorgungsausgleich	1494
	1. Anwartschaften bei ausländischen Versorgungsträgern	1494
	2. Einfluss ausländischer Sozialversicherungszeiten auf inländische Anwartschaften	1494
IV.	Isoliertes Versorgungsausgleichsverfahren bei Scheidung im Ausland.	1494
	1. Zuständigkeit	1495
	2. Durchführung des Versorgungsausgleichs	1495
D.	Sorge- und Umgangsrecht	1495
I.	Internationale Zuständigkeit	1495
	1. Rechtsgrundlagen	1495
	2. Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes in Deutschland	1496
	3. Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes im Ausland	1496
	a) Gewöhnlicher Aufenthalt in Vertragsstaaten des KSÜ außerhalb der EU.	1496
	b) Gewöhnlicher Aufenthalt in anderen Staaten.	1497
	aa) Allgemeine Zuständigkeit	1497
	bb) Abänderung von Umgangsentscheidungen	1497
	cc) Entführungsfälle	1498
	c) Ergänzende Zuständigkeiten nach nationalem Recht.	1499
II.	Anwendbares Recht.	1499
	1. Vorfragen.	1499
	2. Grundsatz: Anwendung des deutschen Rechts.	1499
	3. Ausnahme: Anwendung ausländischen Rechts.	1500
III.	Anerkennung	1500
E.	Kindes- und Ehegattenunterhalt	1501
I.	Internationale Zuständigkeit	1501
	1. Europäisches Unionsrecht und Staatsverträge.	1501
	a) Antragsgegner hat seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland.	1502
	b) Antragsgegner hat seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland.	1502
	c) Annexzuständigkeit	1504
	d) Rügelose Einlassung.	1504
	e) Gerichtsstandvereinbarung	1504
	2. Nationales Recht	1504
II.	Anwendbares Recht.	1504
	1. Rechtsgrundlagen	1504
	2. Allgemeine Regel	1505
	3. Sonderregeln für das Eltern-Kind-Verhältnis	1505
	4. Sonderregeln in Bezug auf Ehegatten und frühere Ehegatten	1505
	5. Rechtswahl	1506
	a) Rechtswahl für ein bestimmtes Verfahren	1506
	b) Allgemeine Rechtswahl ohne Bezug auf ein bestimmtes Verfahren.	1506
III.	Geltungsumfang des anzuwendenden Rechts	1507
	1. Unterhaltsstatut deutsches Recht	1507
	2. Unterhaltsstatut ausländisches Recht	1508
IV.	Ordre public	1508
V.	Hilfsansprüche	1509
VI.	Anerkennung	1509
VII.	Formulare und Muster	1509
	1. Mitgliedstaaten der Europäischen Union.	1509
	2. Haager Unterhaltsübereinkommen 2007.	1510
	3. Förmliche Gegenseitigkeit (Kanada, Südafrika)	1510
	4. Vertragsstaaten des UN-Unterhaltsübereinkommens	1510

F.	Wohnung und Haushaltsgegenstände, Betretungs-, Annäherungs- und Kontaktverbote	1510
I.	Zuständigkeit	1510
II.	Anwendbares Recht.	1510
	1. Ehewohnung/Haushaltsgegenstände im Inland	1510
	2. Ehewohnung/Haushaltsgegenstände im Ausland	1511
	3. Betretungs-, Annäherungs- und Kontaktverbote	1511
G.	Güterrecht	1511
I.	Internationale Zuständigkeit	1511
II.	Anwendbares Recht.	1512
	1. Anknüpfung kraft Gesetzes	1512
	2. Wahl des Güterrechtsstatutes	1512
	3. Rück- und Weiterverweisung	1513
	4. Deutsch-französischer Wahlgüterstand	1513
III.	Anerkennung	1513
H.	Partnerschaften außerhalb der Ehe, gleichgeschlechtliche Ehe	1513
I	Eingetragene Lebenspartnerschaft	1513
	1. Internationale Zuständigkeit	1513
	2. Anwendbares Recht	1513
	3. Anerkennung	1515
II.	Gleichgeschlechtliche Ehe	1515
	1. Internationale Zuständigkeit	1515
	2. Anwendbares Recht	1515
	3. Anerkennung	1516
III.	Nichteheliche Lebensgemeinschaft	1517
	1. Internationale Zuständigkeit	1517
	2. Anwendbares Recht	1517
	3. Anerkennung	1517
I.	Abstammungssachen	1517
I.	Internationale Zuständigkeit	1517
II.	Anwendbares Recht	1518
	Stichwortverzeichnis	1519